

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 25

Artikel: Die Kirche in Polen
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094523>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Kirche in Polen

Eine historische Uebersicht von Laszlo Revesz

Die katholische Kirche verdankt ihre heutige Stellung in Polen der Tatsache, dass sie immer für die Polen da war. Prof. Revesz erinnert hier an die vielfältigen Bewährungsproben ihres Widerstandswillens.

Die katholische Wochenzeitung «Tygodnik Powszechny» von Krakau veröffentlichte am 15. November einen Aufruf besonderer Art. Das Komitee «Solange wir leben» forderte die Bevölkerung auf, ihm Photos und andere Materialien zur Erinnerung an die «tragischen Jahrzehnte» und an die Verfolgung der «besten Söhne der Nation» nach dem Zweiten Weltkrieg zur Verfügung zu stellen. Das Material soll auf einer Wanderausstellung gezeigt werden. Ausdrücklich gewünscht wurden dabei auch Bilddokumente über das Leiden der Kirche, «weil sie uns niemals verlassen hat».

Bei etlichen osteuropäischen Völkern überlagern nationale und religiöses Bewusstsein einander mehr oder weniger stark. In Polen reicht die Verbundenheit fast bis zur Identität. Für die meisten Polen gehört die katholische Kirche zum Polentum. Eben weil sie gerade in den kritischen Zeiten einer turbulenten Geschichte immer für die Polen da war.

Polen wurde im 18. Jahrhundert verschiedentlich zwischen seinen mächtigen Nachbarn aufgeteilt; von 1795 bis 1918 (Unabhängigkeit) zerfiel es in russische, preussische und österreichische Teilungsgebiete. Wenn die polnische Nation aus der Zeit der staatlichen Zerstückelung noch gestärkt hervorging, so war das vor allem der Kirche zu danken. Sie sorgte für den Zusammenhalt des Polentums, wobei sich der Klerus über grossen Opfermut auswies. So pflegten die Priester in der Illegalität das polnische Schulwesen zu einer Zeit, als die Zaren die polnische oder ukrainische Nation («Kleinrussen») nicht als solche anerkannten. Damals wurden Geistliche zu Dutzenden nach Sibirien deportiert.

Der neue polnische Staat von 1918 schloss 1925 mit Rom ein Konkordat, das die Stellung der Kirche bestätigte.

Unter den Okkupanten

Im Zweiten Weltkrieg war die Kirche in Polen sowohl im deutsch- als auch im sowjetischbesetzten Gebiet schwersten Prüfungen unterworfen.

Am 1. September 1939 verhafteten die Deutschen in Danzig allein 800 Priester. Am 4. September begann die Gestapo mit den öffentlichen Hinrichtungen; so wurden am 9. September in Bydgoszcz (Bromberg) 6 Priester öffentlich erschossen.

Ab Oktober 1939 wurden die Priester in ganz Polen verfolgt. Die Deutschen sperrten sie in Lager, die Sowjets deportierten sie nach Sibirien. Hunderte starben in den Konzentrationsla-

gern, insbesondere in Dachau, und andere wurden sonst ermordet. 1944 fielen zahlreiche Geistliche in der Widerstandsbewegung, vor allem im Warschauer Aufstand.

Insgesamt sind während des Krieges in den deutschbesetzten Gebieten 2801 katholische Priester ermordet worden; 3563 überlebten den Krieg.

Einen vergleichbaren Blutzoll musste die Kirche von 1939 bis 1941 in den sowjetischbesetzten ostpolnischen (heute sowjetischen) Gebieten entrichten. Die sowjetischen Liquidierungsaktionen sind noch heute ein Tabu, aber hoffentlich nicht mehr lange.

Die katholische Kirche war der Pfeiler der Widerstandsbewegung in Polen; insbesondere organisierte sie den Polnischunterricht im Untergrund. Die Okkupanten ergriffen daher eine Massnahme um die andere gegen die Kirche. Die Deutschen lösten am 18. Dezember 1939 die katholischen Organisationen und Vereine auf. Am 14. 3. 1940 verlor die Kirche praktisch alle ihre Rechte, am 24. 9. 1940 verbot man ihr die Sozialfürsorge, am 13. 9. 1941 stellte man eine deutsche Kollaborantenkirche auf, und am 31. 10. 1941 wurden die katholischen Friedhöfe liquidiert.

Hier muss es auffallen, dass es sich um praktisch die gleichen Massnahmen handelt, welche die Sowjets bei sich und in den osteuropäischen Volksdemokratien gegen die kirchliche Tätigkeit durchführten. Die Kriegspartner von 1939 bis 1941 waren einander auch in ihren Methoden gleich.

Das «Seilziehen» in der Aera Wyszynski

In der Nachkriegszeit musste sich die bald unterdrückte und bald umworbene Kirche erneut bewähren.

Die von Moskau eingesetzte polnische Regierung kündigte am 12. 9. 1945 das Konkordat mit dem Vatikan; offizielle Kontakte mit ihm wurden erst 1971 wieder aufgenommen. Ständiger Verbindungsmann der polnischen Regierung zum Vatikan wurde 1974 Minister K. Szablewski; sein Gegenpart war Erzbischof L. Poggi.

Für das staatliche Verhalten gegenüber der Kirche war die folgende Taktik charakteristisch: in kritischen Zeiten suchte das Regime die Annäherung zur Kirche und bat um ihre Mitwirkung im Interesse von Ruhe und Ordnung. Nach «Normalisierung» der Lage aber trat man wieder repressiv auf.

Polen hatte das Glück, mit Kardinal Stefan Wyszyński (1901 bis 1981) eine grosse Persönlichkeit als Primas zu haben. Er war während des Krieges aktiv in der Widerstandsbewegung tätig, nachdem er im Oktober 1939 aus der sowjetischbesetzten Wojewodschaft Lublin geflüchtet war.

Nach dem Tode von Kardinal August Hlonda wurde Wyszyński (seit 1946 Bischof von Lublin) am 12. 11. 1948 Erzbischof von Gniezno und Warschau und damit Kardinal-Primas von Polen.

Wyszynski suchte im Interesse des Landes grundsätzlich den Weg der friedlichen Vereinbarung; erwies sich das als unmöglich, dann war er bereit, zu kämpfen und Opfer zu bringen.

Am 14. 4. 1950 wurde ein Vertrag zwischen Staat und Kirche unterzeichnet, aber gleich danach begann man Priester zu verfolgen, die nicht botmässig genug waren. Wyszyński verteidigte Kirche und Nation.

Im Januar 1951 wurden Bischof Czeslaw Kacmarek und weitere Geistliche verhaftet. Die Regierung entthob am 28. 1. 1951 ferner die apostolischen Administratoren in den Westgebieten ihres Amtes. Dann kam es zur zwangsweisen Auflösung katholischer Orden, wogegen u. a. Wyszyński am 31. 3. 1952 protestierte. Im Juli 1952 liquidierte der Staat die geistlichen Schulen der Unterstufe und beschlagnahmte Klostergebäude für sich. Im Oktober weigerten sich die zuständigen staatlichen Instanzen, neue Kirchgemeinden zu registrieren, und schränkten den Kirchenbau (der schon wegen der Kriegszerstörungen nötig war) drastisch ein.

Am 9. 2. 1953 unterstellte ein Dekret die gesamte kirchliche Personalpolitik dem Staat, womit das Verfassungsprinzip «Trennung von Kirche und Staat» ebenso grob verletzt wurde wie in der UdSSR.

Wyszynski nahm Verhandlungen mit der Führung auf, die ihn als Gegenleistung für einen freundlicheren Kurs zu einer antiamerikanischen Erklärung veranlassen wollte. Darauf schrieb er der Regierung seinen berühmten Protestbrief, der unter der Bezeichnung «Non possumus» in die Geschichte eingegangen ist.

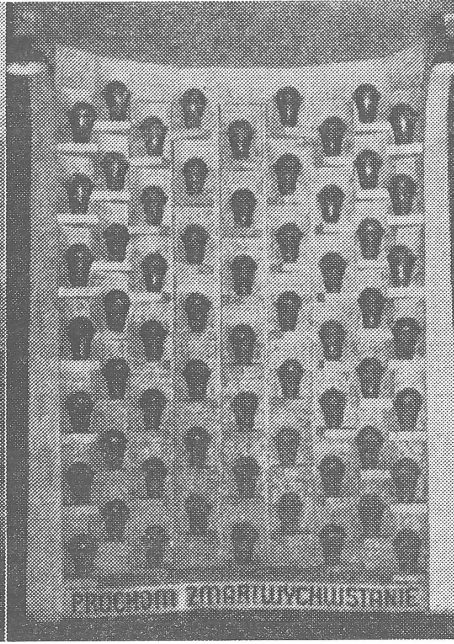
Nun wurde Wyszyński am 25. 9. 1953 selbst verhaftet. Aber das ganze Volk stand hinter ihm, und das Regime verbrachte ihn im Laufe von drei Jahren viermal in ein neues Gefängnis.

Die Unruhen von 1956 brachten die Führung in Schwierigkeiten; man wurde freundlich zur Kirche.

Wyszynski wurde am 28. 10. 1956 freigelassen, und am 8. 12. 1956 folgte eine neue Vereinbarung zwischen Staat und Kirche. Man gestattete den Bischöfen die öffentliche Seelsorge in den Westgebieten, erleichterte den Religionsunterricht etwas und lockerte die staatliche Kontrolle über die Kirche insofern, als die wojewodschaftlichen Aufsichtsbehörden aufgelöst wurden.

Indessen verletzte der Staat diese «kleine Vereinbarung», sobald er sich wieder stark genug fühlte.

Eine Regierungsverordnung vom 31. 8. 1958 machte den Religionsunterricht zum letzten freiwilligen Schulfach und beschränkte ihn auf eine Stunde pro Woche. Im April 1959 erliess man kirchenfeindliche Steuerbestimmungen. Am 29. 5. 1959 protestierte Wyszyński erfolglos ge-



Links: Zu den unter Hitler ermordeten Geistlichen gehörte der junge Kaplan Stefan Frelichowski aus Torun (Thorn). Rechts: In der Kapelle der Salesianer zu Auschwitz die Urnen von 63 umgebrachten Angehörigen dieses Ordens.

gen die Vernichtung sakraler Objekte und die Verhinderung der Uebertragung von kirchlichen Feierlichkeiten durch Lautsprecher.

Im Oktober 1959 legte der Staat die Hand auf die Priesterseminarien, indem er sie dem Gesetz über Privatschulen (konfessionelle Mittelschulen) unterstellte und das gleiche Aufsichtsrecht über Unterrichtsprogramme, Prüfungen und Personalpolitik beanspruchte. Die entsprechenden Inspektionen in den Priesterseminarien begannen unter schärfstem Protest des Episkopats im Februar 1960.

Wo die Bevölkerung stand, war indessen eindeutig. Wegen des Verbots, in Nowa Huta (und auch anderswo) eine katholische Kirche zu bauen, brachen in diesem neuen Industriezentrum Unruhen aus. (Die Kirche wurde später aufgrund des Arbeiterwillens und mit Mitteln und Arbeit der Gläubigen doch gebaut.)

Als trügerisch erwiesen sich die Hoffnungen auf die von Papst Johannes XXIII. eingeführte vaticanische Ostpolitik; sie habe zu keiner Entspannung zwischen Staat und Kirche geführt, stellte das polnische Episkopat anlässlich des «Befreiungstags» vom 22. 7. 1960 offiziell fest.

In den Westgebieten verlangte man von der Kirche gesetzwidrigerweise einen Pachtzins für die Benutzung sakraler Gebäude.

Neue Formen nahm das Seilziehen um den Religionsunterricht an.

Als ihn die Regierung immer weiter einschränkte (er war im Herbst 1960 nur noch in 26 Prozent der Schulen einigermaßen geduldet), beschloss das Episkopat, ihn ausserhalb der Schulen in sog. «katechetischen Stellen» kircheneigener Räumlichkeiten zu organisieren. Doch auch hier machte der Staat in verschiedenen Anläufen (September 1961, Sommer 1963) Kontrollrechte geltend und intensivierte darüber hinaus seine Aufsicht in den Priesterseminarien, wie das Episkopat in seinem Protestschreiben vom 27. 1. 1964 an die Regierung festhielt.

1966 verhinderte der kirchliche Protest die Verwirklichung der staatlichen Absicht, sechs Priesterseminarien aufzuheben. Der Staat gedachte von sich aus über den Nachwuchsbedarf der Kirche zu befinden.

Alles in allem versuchte der Staat, sein Verhältnis mit der Kirche nach dem Vorbild der andern kommunistisch regierten Staaten zu «normalisieren»; nur setzten sich in Polen Kirche und Bevölkerung ganz anders zur Wehr.

Dementsprechend scheiterten auch die staatlichen Versuche, die Kirche zu spalten.

Dazu gehörte ab 1959 die erneute Förderung von regimetreuen Priestern in den sog. Caritas-Zirkeln. Gleichzeitig wollte die Regierung eine «polnisch-katholische» Konkurrenz-kirche stärken (ihre Anhänger veranstalteten unter wohlwollender Duldung der Polizei in den sechziger Jahren hie und da Kundgebungen vor katholischen Kirchen bei Gottesdienstschluss), hatte damit aber keinen Erfolg.

Nach dem Sturz Gomulkas 1970 trat in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche vorerst eine Liberalisierung ein.

Am 28. 6. 1972 gestattete die Regierung in den Westgebieten die Bildung von Diözesen, deren Grenzen mit den Staatsgrenzen zusammenfielen.

Doch wie schon sein Vorgänger, fühlte sich Gierek bald genug nicht mehr auf das Wohlwollen der Kirche angewiesen, und diese musste sich erneut für die Belange der Gläubigen zur Wehr setzen.

Schwerpunkt der Auseinandersetzungen war die Frage des parteilich geleiteten staatlichen Erziehungsmonopols. 1973 wurde in der Sowjetunion ein neues Schulgesetz erlassen, das im Zeichen einer vertieften marxistisch-leninistischen Erziehung der Schüler stand. In Polen wollte das Regime ein angeglichenes Gesetz verabschieden lassen. Mit einem Schreiben an den Sejm verlangten die Bischöfe die Gewährleistung der elterlichen Erziehungsrechte, und man verzichtete auf die «sowjetische» Textfassung.

Die Wahl von Kardinal Karol Wojtyła zum Papst am 16. 10. 1978 festigte dann die Stellung der katholischen Kirche in Polen erheblich.

Noch 1966 hatte die Regierung zweimal einen Polen-Besuch von Papst Paul VI. ablehnen kön-



Kardinal Wyszyński (Bild aus den sechziger Jahren): Er fürchtete sich nicht vor Verhandlungen und verhandelte nicht aus Furcht.

nen. Ein analoges Veto erwies sich gegenüber dem «polnischen Papst» als unmöglich; die Bevölkerung hätte das nicht hingenommen. So wurde seine Pilgerfahrt vom Juni 1979 durch Polen zu einem eindrücklichen Beweis für die Verbundenheit von Volk und Kirche.

Die Kirche im Erneuerungsprozess

Bei aller Zurückhaltung gegenüber «weltlichen» Angelegenheiten wurde in den siebziger Jahren doch das soziale Engagement der Kirche immer deutlicher.

Schon im März 1968 hatte sich das Episkopat gegen die brutale Zerschlagung der damaligen Studentendemonstrationen gewandt. Nach den Unruhen von 1976 stellte sich die Kirche auf die Seite der unterdrückten Arbeiter und forderte ausdrücklich soziale Gerechtigkeit. Die gesellschaftspolitische Rolle der Kirche war nicht mehr zu übersehen.

Im Vorfeld der Krise von 1980 sprach die Kirche mehrmals deutliche Warnungen aus. Wyszynski wies am 29. 10. 1977 den Parteichef auf die kommende Wirtschaftskrise hin, und im Dezember 1979 bezeichnete die polnische Bischofskonferenz die Lage in Polen als sehr kritisch. Besonders verurteilte sie dabei die Besetzung führender Posten durch parteitreue, aber sonst unfähige Funktionäre. Als Bedingung für eine Besserung nannte das Episkopat die Herstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse. Am 17./18. 2. 1980 warnten die Bischöfe den Regierungsapparat erneut, und erneut vergeblich, vor den schweren Folgen der krisenhaften Erscheinungen.

Im Sommer 1980 freilich schien zunächst auch die Kirche selbst den Aufbruch der polnischen Arbeiterschaft zu unterschätzen.

Als sich der Arbeiterstreik im Küstengebiet zu spitzte, warnte Wyszynski am 26. 8. 1980 vor «Uebertreibungen» und rief angesichts der Gefahr eines «möglichen Eingriffs von aussen» zu «nationaler und staatsbürgerlicher Reife» auf, mit andern Worten zur Mässigung. Das verband er mit einem Protest gegen die zunehmende atheistische Propaganda.

Im September 1980 spielte die Kirche im politischen Leben des Landes eine vermittelnde Rolle, wurde aber gleichzeitig eine Art Ratgeberin der neuen Gewerkschaft Solidarnosc, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit die kirchliche Unterstützung wünschten.

Im März 1981 erklärte die Bischofskonferenz: «Eine grosse Hoffnung auf die Umgestaltung der Verhältnisse sind die neuen Gewerkschaftsverbände der Werktätigen und die Erneuerungskraft der Gewerkschaftsbewegung.»

Hatte die kirchliche Unterstützung für Solidarnosc fast nachträglichen Charakter, so war dafür das kirchliche Engagement mitentscheidend für die Bildung der lange verhinderten Bauerngewerkschaft der Landsolidarität. Das Episkopat setzte sich mit Nachdruck dafür ein und betonte die Legitimität des bäuerlichen Schulterchlusses: «Das Recht auf solche Verbände ist in der katholischen Soziallehre begründet.» («Tygodnik powszechny», Krakau, 22. 2. 1981)

Das Zensurgesetz von Ende Juli 1981 bedeutete auch für die kirchliche Tätigkeit eine Erleichterung. Für zensurfrei erklärt Artikel 4 «die von der katholischen Kirche und den übrigen Kirchen und Religionsgemeinschaften gutgeheisse-

nen Schriften, Bilder und Schallplatten für Religionszwecke, (...) katechetische und pastorale Texte, kirchenrechtliche Veröffentlichungen, die Uebertragung von Gottesdiensten in Radio und Fernsehen, kulturell-religiöse Veranstaltungen in Kirchen, Briefe und Schriften allgemeinen Inhalts, die für den inneren Gebrauch kirchlicher Institutionen bestimmt sind».

Im Herbst 1981 gestattete man den Kirchen die Seelsorge in Besserungs- und Strafanstalten, in Sanatorien und Spitälern. Der katholischen Kirche allein ist auch ein beschränkter Zugang zu den elektronischen Massenmedien (Radio) gewährleistet. Die Kirche und namentlich die katholischen Intellektuellenklubs setzen sich dafür

ein, dass man auch den andern Religionsgemeinschaften entsprechende Möglichkeiten zubilligt.

Unter den 36 Millionen polnischen Staatsbürgern sind nur 2,2 bis 2,5 Millionen nichtgläubig (so die atheistische Zeitschrift «Argumenty», 18. 11. 1979). Der Vorsitzende des polnischen Journalistenverbandes, Stefan Bratkowski (im Herbst 1981 aus der Partei ausgeschlossen), sagte am 1. 12. 1980, zwei Drittel der 3,1 Millionen (heute 2,77 Millionen) Parteimitglieder seien Kirchgänger. In der PVAP selbst wird heute da und dort die Meinung geäussert, die Partei solle eine politische, nicht aber eine weltanschauliche Organisation sein. ■

Reden mit einem DDR-Pfarrer

Ein Interview zur Lage der «aktiven» Christen und zur zwiespältigen Wirkung des Motivs Polen

Als Beitrag zum «Dialog mit den Christen der DDR» sind in westeuropäischen Ländern einschliesslich der Schweiz einige Texte erschienen, in denen Kirchenvertreter aus der DDR die Friedensgefährdung durch die Neutronenbombe hervorhoben und daneben vielleicht noch in behutsamen Worten bestehende «Probleme» des kirchlichen Lebens in ihrem Lande andeuteten.

Im Vergleich zu solchen Äusserungen des Wohlverhaltens nimmt sich das Interview, das wir hier bringen, alternativ aus. Es handelt sich um ein Gespräch, das anlässlich einer Tagung in Frankreich zwischen einem heute dort lebenden ehemaligen sowjetischen Dissidenten (wir nennen ihn «Michail») und einem Pfarrer aus der DDR (wir nennen ihn «Pastor D.») stattfand. Es ist dem ZeitBild exklusiv zur Verfügung gestellt worden.

Michail: Ich danke Ihnen für Ihre Gesprächsbereitschaft, die mir in Ihrem Fall besonders wichtig ist. Als protestantischer Pastor gehören Sie in der DDR der Mehrheitskirche an...

Pastor D.: Es tut mir leid, schon Ihrer freundlichen Einführung widersprechen zu müssen. Die Bezeichnung «Protestant» ist nicht die unsere; sie deutet den Auftrag unserer Kirche vom Negativen her. Der Kern der Reformation und die Grundlage des Christentums ist aber das Evangelium, das lebendige Wort Gottes. Wir ziehen es deshalb vor, uns evangelische Kirche zu nennen.

Michail: Es tut mir leid...

Pastor D.: Aber nein, ich mache Ihnen wirklich keinen Vorwurf. Ich weiss, dass der Ausdruck «Protestant» im slawischen wie im französischen Kulturraum sehr geläufig ist. Wichtiger ist es mir eigentlich, das Missverständnis um den Ausdruck «Mehrheitskirche» zu beheben. Er knüpft an falsche Vorstellungen an.

Michail: Warum?

Pastor D.: Wir haben nicht das Gewicht einer «majorité», und wir suchen es auch nicht. Das Wesen der evangelischen Kirche ist die Beziehung des Gläubigen zu Gott. Die Kirche als Organisation, die Pastoren, die Kirchgemeinden sind nebensächlich. Es geht wesentlich nicht um Mehrheitsverhältnisse.

Michail: Gewiss, aber sind nicht Berlin, Thüringen, Sachsen als eigentliche Hochburgen der

Reformation bekannt? Der erste Auftritt von Martin Luther war in Wittenberg in der heutigen DDR.

Pastor D.: Das gehört schon zur Geschichte. Heute besteht eine auf dem Boden der marxistisch-leninistischen Staatslehre aufgebaute DDR. In diesem Staat sind die gläubigen Christen die Bürger der dritten Klasse.

Michail: Warum gerade die dritte?

Pastor D.: Als Staat gehört die DDR der Partei, der SED. Alle Entscheide werden innerhalb der Partei getroffen. Ihre Mitglieder gehören der führenden Gruppe an; sie bilden die erste Klasse.

Die zweite Gruppe besteht aus den Indifferenten. Sie stellen die eigentliche Mehrheit der DDR-Bevölkerung. Sie lassen sich im Rahmen der institutionellen Staatsideologie führen und begehren nicht nach einem persönlichen Bekenntnis welcher Art auch immer.

Die gläubigen Christen, jene Christen, die sich offen zum Christentum und zum Evangelium bekennen, gehören zur Schicht darunter, somit tatsächlich zur dritten Klasse.

Michail: Was bedeutet das in der Praxis?

Pastor D.: Benachteiligungen auf allen erdenklichen Gebieten. Das ist sehr viel, weil sich die Möglichkeiten summieren. Ich nenne Beispiele:

— Aktive Kirchenmitglieder — manchmal auch bloss regelmässige Kirchgänger — sind von ver-